

Bericht
des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und
Innenausschusses
betreffend
Erhalt der Einsatzfähigkeit der Polizei in Oberösterreich

[L-2013-232863/22-XXVIII,
miterledigt [Beilage 1686/2021](#)]

Die Polizei ist im operativen Einsatzgeschehen mit einer Fülle von Vorgaben konfrontiert, die anstatt weniger, immer mehr an der Zahl werden. In Summe ergibt das eine Fülle von Aufgaben, die vom vorhandenen Personal erfüllt werden müssen. Eine dauerhaft hohe Arbeitsbelastung wird sich irgendwann auch auf die Qualität der Aufgabenerfüllung auswirken.

In den letzten Jahren hat sich in der personellen Aufstockung und der Ausbildung im Exekutivdienst sehr viel Positives bewegt. Der Personalstand in Oberösterreich ist mit über 4.000 Polizistinnen und Polizisten derzeit so hoch, wie noch nie zuvor. Vor dem Hintergrund aber, dass in naher Zukunft die geburtenstarken Jahrgänge ihre Pension antreten werden, muss die Ausbildung von Exekutivbeamtinnen und -beamten weiter forciert werden.

Dem Umstand, dass viele Dienststellen derzeit zwar durch „karenzierte“ Beamtinnen und Beamten am Papier besetzt sind, diese ihren Dienst aber tatsächlich zum Beispiel in einer Spezialeinheit wie der Cobra versehen, muss natürlich entgegengewirkt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher für die Erstellung eines eigenen Dienstpostenplans für Sondereinheiten und Spezialbereiche der Polizei aus, der als Ausgleich für durch Karenz oder anderer Dienstzuteilung abwesendes Personal dient. So kann erreicht werden, dass das Delta zwischen systemisierten Dienstpostenplan und dem tatsächlichen Dienststand vermindert werden kann.

Gemeinsam mit der Weiterführung der Ausbildung vieler Beamtinnen und Beamten wäre diese Maßnahme eine Entlastung für die oberösterreichischen Polizistinnen und Polizisten und damit die langfristige Sicherung der Einsatzfähigkeit der Polizei in Oberösterreich.

Der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich zur Entlastung der oberösterreichischen Exekutivbediensteten bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Ausbildung neuer Polizistinnen und Polizisten weiter fortgesetzt wird. Insbesondere sollen für Sondereinheiten (zB Cobra) bzw. in Spezialbereichen (zB LKA-Landeskriminalamt - Internetkriminalität und Umweltkriminalität) im Dienstpostenplan eigene Planstellen geschaffen werden, sodass es gemeinsam mit einem echten Karenzpool in Zukunft zu keinem Personalengpass in den Polizeidienststellen kommen wird.

Linz, am 24. Juni 2021

Wolfgang Stanek
Obmann

Hermann Krenn, BA
Berichterstatter